



14. GRÜNES BLATT | 2022

GRÜNES BLATT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRÜGGEN

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger!

Wer kennt ihn nicht, den verzweifelten Satz des hinter seinem Hund her hechelnden Herrchens: „Der tut nichts, der will nur spielen.“ Nein, Putin will nicht spielen, Putin will eine neue Ordnung in Europa, die seinen diffusen Machtansprüchen gerecht wird. Ob er damit Erfolg haben wird, hängt nicht zuletzt auch davon ab, mit welcher Ge- und Entschlossenheit sich die freie westliche Welt dem entgegenstellt und zu welchen Opfern wir bereit sind. Nehmen wir die vom Westen bereits im Vorfeld des Angriffs angedrohten wirtschaftlichen Sanktionen. Die Androhung allein hat den Kremlherrn offensichtlich nicht beeindruckt. Vielleicht kennt auch er den verzweifelten Ruf des Hundebesitzers und spekuliert darauf, dass der Westen nur spielen will. Mittlerweile liefern wir und setzen unsere Androhungen um. In wie weit die Sanktionen in Russland Wirkung zeigen, ist momentan nur schwer zu verifizieren. Putin weiß zur Genüge, wie sehr die Weltwirtschaft miteinander verflochten ist. So ist gut möglich, dass sich die eine oder andere Maßnahme für die EU und besonders für Deutschland als Bumerang erweisen könnte, wie man am Beispiel unseres ungeheuer großen Energiebedarfs ablesen kann. Was bedeutet es für die Wirtschaft, dem Menschen auf der Straße und unserem Wohlstand, wenn die Energiezufuhr stockt? Kurzfristig, da sind sich alle Wirtschaftsweisen einig, werden wir zunächst unter hohen Preisen leiden. Dass deshalb Wohnungen kalt bleiben oder ganze Produktionsstraßen geschlossen werden

müssen und uns massive Arbeitslosigkeit droht, glaubt zur Stunde niemand. Aber der Krieg führt uns Abhängigkeit und Erpressbarkeit vor Augen.

Wir sind dabei, uns aus nachvollziehbaren Klimaschutzgründen von der Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung zu verabschieden. Dasselbe gilt für die Atomkraft. Noch immer wissen wir nicht, wohin mit all dem verstrahlten Atomschrott. Wenn wir nun auf zwei Säulen der Energiegewinnung verzichten, müssen wir dann nicht mit Nachdruck den Ausbau der dritten Säule, Stromgewinnung durch erneuerbare Energieträger, forcieren? Heute wissen wir, dass in der Vergangenheit zu viele Chancen nicht genutzt wurden. Die Genehmigungsverfahren dauern viel zu lang und ersticken unter der Last einzuhaltender Vorschriften und gesetzlicher Vorgaben. Das rächt sich nun und kann in wenigen Tagen auch nicht korrigiert werden. Kurzfristig müssen pragmatische Lösungen her und wir Grüne werden wohl oder übel über unseren eigenen Schatten springen müssen.

Im Klartext: Die Versäumnisse vergangener Regierungspolitik zwingen uns dazu, die umweltschädlichen fossilen und atomaren Energieträger noch länger nutzen zu müssen, als geplant. Die Dringlichkeit, sich von Energieimporten mehr und mehr zu lösen, wird parteiübergreifend anerkannt. Auch ein Erfolg jahrzehntelanger grüner Politik, die vorrangig seit jeher den nationalen Ausbau erneuerbarer Energieträger gefordert hat! Der Krieg in der Ukraine wird hoffentlich in Bezug auf die Deutsche Energiepolitik zu einem schnelleren Handeln führen.

Mit Eintritt in die Regierungsverantwortung

haben wir Grüne erste Schritte getan. Die nächsten Schritte, hin zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen, müssen im Land erfolgen. Das geht nur mit vielen Grünen im Landtag. Mit einem starken Wahlergebnis werden wir den von der Bundesregierung vorgegebenen Weg auch in Nordrhein-Westfalen zügig umsetzen und die Zukunft unseres Landes gestalten können. Daher bitten wir Sie, gehen Sie zur Wahl und stellen Sie mit Ihrem Kreuz bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Weichen auf „Zukunft jetzt“!

Mit herzlichen Grüßen und dem aufrichtigen Wunsch nach weltweit friedlichem Miteinander!

Gaby Tröger + Ulrich Deppen
Bündnis 90 / Die Grünen

Impressum

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Ortsverband Brüggen
Ulrich Deppen
von-Schaesberg-Weg 27 · 41379 Brüggen

Verantwortlich:
Gaby Tröger · Ulrich Deppen
Vorsitzende des Ortsverbandes

www.gruenebrueggen.de
www.facebook.com/gruene.bbb
email: ortsverband@gruenebrueggen.de



Arbeitskreis Landwirtschaft

Grüner MdL Norwich Rüße (im Bild rechts) im Gespräch mit Brüggener Landwirten



Am 05. November letzten Jahres hatte der Arbeitskreis Landwirtschaft des Brüggener Ortsverbandes BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN zu einem fachlichen Gedankenaustausch zwischen den Brüggener Landwirten van den Broek, Lankes und Kivitz, dem Vertreter der Grünen Kreisarbeitsgemeinschaft (KAG) Landwirtschaft, Dr. Winkler und Norwich Rüße (MdL NRW B'90/DIE GRÜNEN) eingeladen. Der Landespolitiker betreibt neben seiner politischen Tätigkeit in der Nähe von Münster selbst einen kleinen Bio-bauernhof im Nebenerwerb.

Während des zweistündigen intensiven Gesprächs, das in Bracht stattfand, in dem die Brüggener Landwirte detailliert aus ihrem betriebswirtschaftlichen Alltag in den bäuerlichen Betrieben berichteten, wurden viele Themen bis in

die Tiefe diskutiert, Themen, über die Verbraucherinnen und Verbraucher wenig Informationen haben und auch die Politik sich schwertut, einheitliche und gerechte Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu formulieren:

Was ist regional?

- Überproduktion - Gemüse für die Müllhalde?
- Hofläden ein Ausweg?
- Welche verlässlichen politischen Rahmenbedingungen braucht es?

Norwich Rüße wünscht sich ein Leitbild für den Erhalt der kleinen bäuerlichen Landwirtschaft. Er möchte den Betrieben ein Angebot machen und ihnen die Lebensgrundlage erhalten. Entscheidend sei, wie die Nachfrage nach Lebensmitteln durch Politik und Verbraucher gesteuert wird. Was fehle, sei

en Förderstrukturen niederschwelliger Art. Stallumbauten z.B. müssten leichter möglich sein.

Vor dem Hintergrund der Schlachthofskandale, für die das Kontrollversagen der Behörden mit Verantwortung trage, fordert Rüße neue Regelungen für Schlachtungen.

Wenige Wochen nach diesem Treffen besichtigte der Arbeitskreis (AK) Landwirtschaft den Stiegelhof von Peter und Brigitte van den Broek in Bracht. Wir haben auf unserer Facebook Seite darüber berichtet. Der nächste Besuch ist beim Gemüsebauern Heinz-Willi Lankes geplant. Haben Sie Interesse unseren Arbeitskreis zu verstärken? Wir laden herzlich dazu ein!

Die Ansprechstellen stehen auf unserer Homepage.

Norwich Rüße (MdL)
**Unser Essen:
gesund, lecker und
eine Chance für die
Landwirtschaft!**

Gesunde und nachhaltige Ernährung boomt. Nachdem jahrzehntelang die Devise „immer mehr Lebensmittel für immer weniger Geld“ galt, fragen die Menschen zunehmend, ob dieser Weg der richtige war, denn das Mehr an Fleisch und tierischen Produkten wurde teuer erkaufte. Den Preis dafür zahlen Umwelt und Natur, ebenso wie unsere Gesundheit, die Nutztiere und die Land-

wirtschaft im Gesamten. In Wirklichkeit kommen uns billige Lebensmittel teuer zu stehen!

Der stärkere Fokus der Verbraucherinnen und Verbraucher auf den bewussten Umgang mit Lebensmitteln fordert jetzt auch ein Umdenken in der Landwirtschaft. Aktuelle Studien weisen darauf hin, dass sich der Trend fortsetzt und Kundinnen und Kunden in den nächsten

Jahren deutlich weniger tierische Produkte kaufen werden aber dafür immer häufiger wissen wollen, wie Tiere gelebt haben, bevor sie geschlachtet wurden. Für die Landwirtschaft bedeuten diese Entwicklungen hin zu einer anderen Ernährungsweise einen erheblichen Anpassungsdruck.

Um diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen, wollen wir den Bäuerinnen und Bauern sichere Absätze ermöglichen. Dafür müssen wir die Unwägbarkeiten des Weltmarktes verlassen und auf den lokalen Markt setzen. Denn die Exportorientierung der vergangenen Jahrzehnte hat den Strukturwandel in der Landwirtschaft eher noch beschleunigt. Wir brauchen also eine Qualitätsoffensive, statt einer Quantitätsfixierung. Hierfür ist die Gemeinschaftsverpflegung für uns einer der Schlüssel. Denn Mensen und Kantinen in öffentlichen Einrichtungen können über langfristige Verträge genau das erfüllen: sichere Absätze. Gleichzeitig kann über die Festlegung bestimmter Kriterien beim Einkauf,

z. B. eines Anteils biologischer Lebensmittel, die Qualität gesteigert werden. So können wir die regionale Landwirtschaft fördern, eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten und gleichzeitig eine gesunde Gemeinschaftsverpflegung für uns und unsere Kinder sicherstellen.

Insgesamt zeigt sich, dass eine gute und nachhaltige Ernährung für alle Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Vor diesem Hintergrund hat die Grüne Landtagsfraktion die Studie „NRW isst besser! – Wegweiser zu einem nachhaltigeren Ernährungssystem in NRW“ erstellen lassen. Die unter Leitung von Prof. Dr. Guido Ritter, Professor an der FH Münster im Fachbereich Oecotrophologie sowie Vorstandsmitglied im Institut für Nachhaltige Ernährung (iSuN), erstellte Studie betrachtet die vorhandenen Strukturen der Ernährungsumgebung sowie Ernährungsbildung in NRW und identifiziert Defizite sowie politische Handlungspotenziale.

Die Ergebnisse führen vor Augen: Eine Änderung der Rahmenbedingungen ist notwendig! Eine nachhaltige Ernährungspolitik ist ein großer Hebel, um soziale und ökologische Probleme anzugehen und damit auch in der Landwirtschaft neue Perspektiven zu bieten. In Nordrhein-Westfalen fehlt es jedoch an einem solchen ganzheitlichen Ansatz. Dabei existieren mit Vorreiter-Projekten und vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen viele Ansatzpunkte, die es gilt zusammenzuführen. Dazu wollen wir ein Maßnahmenpaket zur sozialen und ökologischen Umgestaltung des Ernährungssystems in NRW vorlegen. Mehr Infos zur Studie auf: <https://gruenlink.de/2e5j>

Wie steht es um die Umsetzung der Offensive für den Ökolandbau im Kreis Viersen?

Das fragte sich unsere Landtagsfraktion und richtete am 13. Dezember 2021 eine Kleine Anfrage an den Landtag in Nordrhein-Westfalen. Von dort kam auch Antwort (Drucksache 17/16177).

Fazit der umfangreichen Ausführungen des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz NRW:

*2010 lag der Anteil der Biobetriebe bei 0,5%,
2020 waren es 1,9%.*

Mona Neubaur,

Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl

Mit Mut und Optimismus nach Morgen

Angesichts der Krisen, die aktuell unser Leben bestimmen, fällt es manchmal schwer, optimistisch zu bleiben. Zu Ehrlichkeit in der Politik gehört es, das offen auszusprechen – und trotzdem den Mut nicht zu verlieren.

Der Krieg in der Ukraine und das Leid der Menschen lassen uns innehalten. Wir merken, wie brüchig der Frieden auch in Europa ist, wie schnell alte Gewissheiten von der Realität überholt werden. Als Teil der Bundesregierung übernehmen wir Grüne Verantwortung. Unser Vizekanzler Robert Habeck und unsere Außenministerin Annalena Baerbock arbeiten wie die gesamte Bundesregierung intensiv daran, zusammen mit der internationalen Gemeinschaft so schnell wie möglich wieder dauerhaften Frieden zu schaffen.

Die Naivität einer Politik, die die Energieunabhängigkeit nie als elementare Säule nationaler und europäischer Sicherheitspolitik verstanden hat, rächt sich jetzt bitter. Aus dieser Abhängigkeit können uns mittel- und langfristig nur Wind und Sonne führen. Deshalb müssen die Aus- und Zubauanstrengungen jetzt umso intensiver vorangetrieben werden, politische und bürokratische Fesseln müssen fallen – auch hier in NRW. Unser Ziel ist, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Dafür treten wir am 15. Mai bei der Landtagswahl an und werben bis dahin um Vertrauen für unsere Ideen.

Fünf Punkte sind mir ganz besonders wichtig:

Unsere Energiepolitik schützt nicht nur das Klima und den Geldbeutel, sie sorgt auch für politische Unabhängigkeit und Souveränität. Mit uns wer-



den Solarpanels auf allen neu gebauten Dächern und Windräder auch dort, wo sie aktuell rechtlich oder faktisch verhindert werden, zum Standard. Damit wird Energie billiger und alle Menschen langfristig von steigenden Energiekosten entlastet.

Nicht nur unsere Verkehrsinfrastruktur, sondern auch unsere Verkehrspolitik insgesamt ist nicht auf der Höhe der Zeit und muss repariert werden. Wir sanieren und erhalten Brücken und Straßen, statt neue zu bauen. Was wir neu bauen, sind Bus-, Bahn- und Radverbindungen überall im Land. Damit wird Mobilität sauberer, sicherer und günstiger, sie wird für alle verlässlich - egal ob auf dem Land oder in der Stadt.

Ein Leben in Würde ist kein Luxus, sondern Menschenrecht. Ob im Super- oder auf dem Wohnungsmarkt, bei der Strom- oder Tankrechnung – falsche Politik verteuert unseren Alltag. Das trifft alle, aber einige härter. Damit auch an die gedacht



Mona Neubaur

ist, die oft genug vergessen werden, investieren wir in soziale Unterstützungsstrukturen, sozialen Wohnungsbau, sozialen Arbeitsmarkt.

Eine gute Bildung, Aus- und Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind die besten Investitionen in eine freie und starke Gesellschaft von morgen. Bildungsstätten sollen sichere Orte sein und dürfen nicht weiter kaputtgespart werden. Damit alle, ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene, vernünftig lernen können, sorgen wir für bessere Ausstattung und mehr Personal auf der Höhe der Zeit.

Wer sich auf den Staat verlässt, ist nicht verlassen – gerade in Krisenzeiten muss das gelten. Wenn es drauf ankommt, muss das, was uns absichert und Grundlage unseres Zusammenlebens ist, funktionieren. Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, dass das oft genug nicht der Fall war. Damit wir handlungsfähig bleiben, machen wir Vorsorge zum politischen Leitprinzip – im Bildungsbereich, in der Gesundheitsversorgung, im Katastrophenschutz, bei der Infrastruktur und auch in der Energiepolitik.

Mit Mut und Optimismus wollen wir Grüne mit den Bürgerinnen und Bürgern das Nordrhein-Westfalen von morgen gestalten. Es gibt viel zu tun – und wir haben viel vor. Packen wir es gemeinsam an!

Kurzvita

Mona Neubaur, geb. 1977 in Pöttmes, ist vor rund 25 Jahren aus Bayern nach Nordrhein-Westfalen gekommen und hier heimisch geworden. Nach ihrem Abschluss als Diplom-Pädagogin arbeitete sie zunächst in der Energiewirtschaft und anschließend bei der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, davon vier Jahre als Geschäftsführerin. Von 2007-2015 war sie Sprecherin des Kreisverbandes Düsseldorf. Seit 2014 ist sie Landesvorsitzende der Grünen in Nordrhein-Westfalen. Im Dezember 2021 wurde Mona Neubaur zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2022 gewählt.

Landtagskandidat Manuel Britsch

Liebe Freundinnen und Freunde, während ich diese Zeilen schreibe, ist die Welt eine andere geworden. Es herrscht Krieg in Europa. Putins Angriffskrieg hat uns gezeigt, dass Frieden und Freiheit leider keine Selbstverständlichkeiten sind. Aber wir erleben eine Geschlossenheit in Europa und auf der Welt, die noch vor Monaten in dieser Form nicht vorstellbar schien. Doch die Herausforderungen, vor denen wir in NRW stehen, sind durch diese Krise nicht kleiner, sondern größer geworden. Die konkreten Folgen für uns lassen sich im Moment nur erahnen.

Klar ist, wir werden für viele geflüchtete Menschen in den Kommunen eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen müssen. Auch mit weiter steigenden Energiepreisen oder einem Mangel an verschiedenen Dingen durch anhaltende internationale Handelsbeschränkungen ist zu rechnen. Wir müssen etwas ändern, um zu bewahren, was uns wichtig ist und als Gesellschaft widerstandsfähiger gegen zukünftige Krisen werden. Auch unser Land können wir besser und sicherer in einem immer dynamischeren und herausfordernden Umfeld aufstellen. Eine höhere Pendlerpauschale ist bei den aktuellen Spritpreisen nur ein schwacher Trost und auch ein Elektroauto und dessen Batterieladung muss man sich leisten können. Wirkliche Entlastung wird nur eine Mobilitätswende bringen: Der ÖPNV muss auch im ländlichen Raum alltagstauglich und konkurrenzfähig werden und für kurze Strecken im eigenen Ort muss das Fahrrad die attraktivste Wahl sein. Die Investitionen in diesen Wandel werden sich auszahlen: durch geringere Folgekosten für die Instandhaltung der Straßen, durch eine Entlastung des Klimas und durch eine verbesserte Lebensqualität vor Ort.



Unsere Energieversorgung und damit unser gesamter Lebensstandard hängt derzeit von Energieimporten ab. Wir müssen die erneuerbaren Energien massiv ausbauen. Von der Planung bis zur Inbetriebnahme einer Windkraftanlage vergehen derzeit im Durchschnitt fünf Jahre. Viele bestehende Windkraftanlagen können aufgrund der bestehenden Abstandsregel nicht einmal erneuert werden. Und das Photovoltaik-Potenzial auf unseren Dächern ist ebenfalls noch lange nicht ausgeschöpft. Es ist genug Wind und Sonne vorhanden, leider nicht immer zum richtigen Zeitpunkt. Deshalb müssen auch Speichertechnologien wie Power-to-Gas weiter gefördert werden. Eine lokale und dezentrale Energiegewinnung ist der Schlüssel, um unabhängig und krisenfest zu werden. Ein verspäteter Kohleausstieg oder gar eine Rückkehr zur Atomkraft wäre dagegen ein Irrweg. Mit jedem Kubikmeter, den sich der Braunkohle-Bagger durch das rheinische Revier frisst, werden die Folgekosten und die ökologischen Gefahren größer. Wir müssen so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen und

unsere Region mit einer starken Stimme vertreten, nachdem unseren Flüssen die Quellen abgegraben wurden und wir nun am Tropf der Sumpfung-Pumpen hängen. Bei der Atomkraft muss man eine ehrliche Rechnung aufmachen und die Ewigkeitslasten durch radioaktiven Müll und den jahrzehntelangen Rückbau der Kraftwerke mit einbeziehen. Außerdem stellt sich auch hier die Frage, woher das spaltbare Material kommt. Bezahlbarer und unabhängiger Strom ist etwas anderes.

Die Folgen der Corona-Pandemie werden ebenfalls weit in die kommende Landtagsperiode nachwirken. Besonders Familien mit Kindern wurden mit voller Härte getroffen: Während im Vor- und Grundschulalter die soziale Ungleichheit durch Home-Schooling und unzureichende sozialpädagogische Betreuung weiter verschärft wurde, leiden die weiterführenden Jahrgänge unter der unzureichenden digitalen Infrastruktur. Wir brauchen eine enge und bedarfsgerechte Förderung in jungen Jahren und ein zeitgemäßes digitales Angebot für die höheren Jahrgänge. Dazu muss auch das Lehrpersonal in die Lage versetzt werden, unseren Kindern Medienkompetenz und einen selbstbestimmten Umgang mit Technologie vermitteln zu können. Wir stehen vor historischen Herausforderungen! Aber die Krisen der jüngsten Vergangenheit haben bewiesen, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und diese Herausforderungen meistern können. Wir müssen in unsere Zukunft investieren, um widerstandsfähiger und unabhängiger zu werden. Denn jetzt nichts zu ändern, würde uns am Ende alles kosten!

Kurzvita:

Manuel Britsch, 36 Jahre alt aus Nettetal
Referent für digitale Prozesse
verheiratet, ein Kind im Grundschulalter
Mitglied im Rat der Stadt Nettetal
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Digitalisierung
-
www.manuel-britsch.de
www.facebook.com/ManuelBritsch
Grueue
www.instagram.com/manuel.britsch
twitter.com/ManuelBritsch

Kreisarbeitsgemeinschaft Verkehr

Reiner Neuß

(Sprecher KAG Verkehr)

Geografische und topografische Lage nutzen

Der öffentliche Personenverkehr und der Radverkehr haben vor dem Hintergrund der Klimavereinbarungen von Paris und Glasgow eine zentrale Bedeutung. Das gilt in unserer Region auch grenzüberschreitend. Es gibt keine entschlossenen neuen Vorhaben / Perspektiven hierzu.

Wir von der KAG Verkehr der Kreisgrünen sehen eine hochwertige Verkehrsinfrastruktur als Voraussetzung für die Bereiche Wirtschaft und Innovation, Arbeitsmarkt, Schule und Ausbildung, Kultur, Tourismus sowie Gesundheitsversorgung und Sicherheit.

Immerhin umfasst die euregio rheinmaas-nord einen Bereich von Roermond und Venlo bis hin zu Krefeld und Düsseldorf mit rund 2 Mio. Einwohnern. Dieser Lebensbereich wird von der Bevölkerung in beiden Richtungen beruflich und privat genutzt.

Man denke nur an die grenzüberschreitende Personalsuche von Unternehmen und die Mobilität von Grenzgängern oder Arbeitsuchenden, den Tourismus oder das Angebot von Pflegeleistungen über die Grenzen hinweg sowie das reibungslose Funktionieren der grenzüberschreitenden Sicherheitsdienste. Das neue grenznahe Gewerbegebiet 'Javelin Barracks' in Niederkrüchten-Elmpt schreit geradezu nach einem modernen Verkehrskonzept mit einer Erreichbarkeit auch von Brüggen aus.

Es bedarf der entschlossenen Planung von kreisweiten und grenzüberschreitenden Radvorrangrouten und deren



Anschluss an hiesige Planungen. Es bedarf endlich eines Schnellbussystems, welches auch Swalmen und Asselt sowie Roermond erreicht.

Die Chancen einer grenznahen Lage mit dem topografischen Vorteil Flachland muss genutzt werden. Hierzu hat die KAG Verkehr eine Sammlung von vorhandenen und zukünftigen, vor allem grenzüberschreitenden Projekten zur Klima- und Verkehrswende erarbeitet. Eine Verwirklichung dieser von den lokalen Gegebenheiten entwickelten Konzepte wäre nicht nur von Nutzen für die EUREGIO - NIEDERRHEIN, sondern könnte einen weiteren Impuls geben für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit.



Tierschutz im Kreis Viersen

Kastrationspflicht für freilaufende Katzen

Katzen gehören zu den liebsten Haustieren der Deutschen. Millionen von Hauskatzen in Deutschland werden von ihren „Dosenöffnern“ umsorgt und leben als Familienmitglied ein meist glückliches Leben. Doch neben diesen Hauskatzen streunen, unversorgt und häufig mit tödlichen Erkrankungen infiziert, noch viele tausend ausgesetzte oder fortgelau-

fene Katzen und deren Nachkommen durch Städte und Gemeinden.

So ist die Situation leider auch im Kreis Viersen. Nach Beobachtungen der drei im Kreis tätigen Katzenschutzorganisationen leben hier bis zu 10.000 verwilderte Hauskatzen und deren Nachkommen, die sich nahezu über das gesamte Kreisgebiet ausgebreitet haben. Durchschnitt-

lich hat eine weibliche unkastrierte Katze im Jahr zwei Würfe mit ca. drei überlebenden Kitten. Nach fünf bis acht Monaten werden auch diese Tiere wieder geschlechtsreif und treten in den Vermehrungszyklus ein. Daraus folgt ein exponentielles Wachstum der Population – und damit verbunden auch des Tierleids.



Streuner kater Anton, eingefangen mit schwerem Katzenschnupfen. Er hätte draußen keinen weiteren Tag geschafft.¹



Hope und Faith, zwei Geschwister, die extremen Katzenschnupfen hatten, beinahe ihre Augen verloren hätten, und draußen sicherlich verhungert wären.²



Die Situation im Kreis hat sich in den letzten Jahren leider nicht verbessert. Und das, obwohl bei niedergelassenen Tierärzt*innen immer wieder auf die Notwendigkeit der Kastration einer Katze mit unkontrolliertem Freigang hingewiesen und beraten wurde.

Gleichzeitig sind die Katzenschutzorganisationen ehrenamtlich aktiv, um verwilderte Katzen kastrieren zu lassen. So wurden in den letzten Jahren jährlich ca. 600 Katzen kastriert, seit 2019 auch mit finanzieller Hilfe des Kreises. Aber solange unkastrier-

te Hauskatzen mit Freigang Streunerkatzen wieder neu belegen, werden diese Bemühungen immer wieder zu Nichte gemacht.

Um diesem Leid entgegenzuwirken und die Fortpflanzungsketten konsequent zu unterbrechen, wurde nun eine Katzenschutzverordnung auf den Weg gebracht, die zum Sommer in Kraft treten soll. Freilebende Katzen sollen eingefangen, kastriert und gechipt werden. Zudem werden Haltungspersonen von Katzen, die ihren Tieren Freigang außerhalb eines eingefriedeten Grundstücks ge-

währen wollen, verpflichtet, diese zuvor kastrieren, kennzeichnen und registrieren zu lassen.

„Wir freuen uns, dass nun eine rechtssichere Katzenschutzverordnung auch für den Kreis Viersen entstanden ist.“ sagte Jens-Christian Winkler, Brüggener Grünen und Vorsitzender des zuständigen Kreis Ausschusses. „Der Weg hierhin war nicht einfach und konnte nur gelingen, weil Tierschutzorganisationen, Kreisverwaltung und Politik konstruktiv zusammengearbeitet haben, für ein mehr an Tierschutz im Kreis. Und nicht zuletzt, weil

die drei Tierschutzorganisationen aktiv in die Umsetzung der neuen Verordnung einbezogen sind und mitarbeiten werden. Herzlichen Dank für das ehrenamtliche Engagement!“

Grundsätzlich sollten Katzenbesitzer aber die Entscheidung, ob sie ihr Tier kastrieren lassen, nicht von gesetzlichen Vorgaben und bei Verstößen von dem drohenden Bußgeld abhängig machen. Die Fortpflanzungskontrolle dient nach Darstellung des Tierärzterverbandes bei Freiläufern und Wohnungskatzen gleichermaßen auch der Gesundheitsvorsorge³, z.B.:

- **doppelte so hohe Lebenserwartung wie unkastrierte Katzen**
- **keine Rolligkeitssymptome**
- **keine übelriechenden Markierungen**
- **stärkere Menschenbezogenheit**
- **geringeres Bedürfnis zu streunen**
- **geringeres Risiko für Infektionen mit FIV (Katzenaids) oder FeLV (Leukose)**
- **geringeres Risiko für hormonelle Erkrankungen**

Bei Fragen zu Katzenkastriation können Sie sich an ihre Tierärztin oder ihren Tierarzt wenden oder die Katzenschutzorganisationen ansprechen:
Notfelle Niederrhein e.V., End 12, 41366 Schwalmtal, info@notfelle-niederrhein.de, 0178-9829577 oder 01515-6322656
Tierschutz für Willich e.V., Süchtelner Straße 41, 47877 Willich, 02156/4943454, katze@tierschutz-willich.de oder 0162 / 74 96 976
Tierschutzverein Vier Pfötchen-Viersen e.V., Van-Beers-Straße 55, 41749 Viersen tsvvierpfoetchen-viersen@web.de, Handy 0151-15545752

¹ Fotos von Notfelle Niederrhein e.V. ² Fotos von Notfelle Niederrhein e.V. ³ www.tierärzterverband.de, Abruf 28.2.2022

Lichtverschmutzung: Die vermeidbare Schattenseite

Gastbeitrag von Thomas Denner
(Sprecher der Initiative „Paten der Nacht“)



Lichtverschmutzung ist immer noch ein recht unbekanntes Umweltproblem, was aber schwerwiegende Folgen hat. Der Begriff umschreibt zunächst die künstliche Aufhellung eines natürlichen dunklen Nachthimmels, wird aber immer mehr zum Sammelbegriff für die schädlichen Umweltfolgen einer stetig zunehmenden grellen Lichtflut. Direkte Leidtragende sind z.B. nachtaktive Insekten, Fledermäuse, Vögel und selbst Fische. Allein durch die deutsche Straßenbeleuchtung erleidet das Ökosystem jeden Sommer einen Verlust von ca. 100 Milliarden Fluginsekten, die dann in den Nahrungsketten oder als Bestäuber fehlen! Ein Rückgang von 80% der Insektenmasse in den letzten 30 Jahren fügt der Artenvielfalt selbstredend massiven Schaden zu. Aus diesem Grund tritt im März das aktualisierte Bundesnaturschutzgesetz in Kraft, welches nun endlich Grenzen bei künstlicher Beleuchtung setzen wird. Es ist aber sogar der Mensch betroffen. Durch die Zunahme - insbesondere von blauhaltigem LED-Licht - kommt der Tag-Nacht-Rhythmus massiv durcheinander und Schlafstörungen durch Melatoninmangel sind die Folge. Wie gut, dass es dafür mittlerweile sogar Melatonin in Pillenform gibt, um das dann zu behandeln. Frage: Was kann man tun? Antwort: Nur so hell beleuchten wie nötig! Licht soll und muss genutzt werden - aber nicht immer und überall. Eine Gartenbeleuch-

ung mag reizvoll aussehen, vertreibt aber Nützlinge wie den Igel und führt durch verzögerten Laubfall sogar zu Frostschäden bei bestrahlten Bäumen. Zeitschaltuhren sorgen im Allgemeinen dafür, dass das Licht nicht die gesamte Nacht hindurch Strom verbraucht und rechnen sich selbst bei LED in kürzester Zeit. Ab 22:00 Uhr sollte dann jedoch die Beleuchtung spätestens aus sein. Gerade Wegebeleuchtung kann durch den Einsatz von Bewegungsmeldern deutlich effektiver werden und wenn man Einbrechern nicht dauerhaft den Arbeitsplatz ausleuchten möchte, empfehlen sich Bewegungsmelder ebenfalls. Die Nachbarschaft reagiert eher auf eingeschaltete Beleuchtung als gewohnte Dauerbestrahlung. Dauerlicht kann sich übrigens auch störend auswirken, wenn der Nachbar schlafen möchte. Lichtemissionen müssen unterhalb der Werte vom sog. Lichterlass der Länder-Arbeits-Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) bleiben. Abschließend soll insbesondere bei LED-Leuchten die sog. Farbtemperatur nicht zu hoch sein. Je wärmer das Licht ist, desto niedriger sind die Blauanteile, die nun mal für Insekten so schädlich sind. Ein Wert von 3000K (Warmweiß) gilt vom Bundesamt für Naturschutz als Obergrenze. Gerade die öffentliche Straßenbeleuchtung ist hierbei vielerorts noch sehr rückständig, aber es gibt erste gute Beispiele, wie es

besser geht. (Siehe die Gemeinden Nettetel und zukünftig insbesondere Schwalmatal) Es gibt kein anderes Umweltproblem, was sich so schnell lösen ließe und zusätzlich noch Unmengen an Energie und Kosten einsparen würde! So gibt es also genug Gründe für einen bewussteren Umgang mit künstlichem Licht. Warum es also nicht einfach tun?

Thomas Denner ist ehrenamtliches Mitglied bei der Initiative Paten der Nacht. Er berät als Elektroingenieur im privaten, gewerblichen und öffentlichen Umfeld und hält Vorträge zum Thema Lichtverschmutzung. Die Paten der Nacht wurden 2019 gegründet und letztes Jahr mit dem bayerischen Umweltpreis ausgezeichnet.

Taghell ist die Nacht gelichtet

Was Friedrich Schiller noch zu seiner Zeit im Lied von der Glocke begeisternd beschrieb und später tausende von Schüler beim Rezitieren in den Wahnsinn trieb, kann dem Menschen im 21. Jahrhundert zum Ärgernis werden und krank machen: zu viel Licht!

Zur Problematik der Lichtverschmutzung trafen sich am 09. Februar mit Thomas Denner von Paten der Nacht, denen übrigens der Bayerische Umweltpreis verliehen worden war, am neu errichteten Logistikstandort Reining, in der Brachter Stiegstraße, der Parkplatzbetreiber und unser Ratsmitglied Sonja Lankes. Herr Denner hat mit seinem Messgerät die Intensität der Strahler an verschiedenen Punkten des Parkplatzes gemessen. Das überraschende Ergebnis: Die Technische Regelung für Arbeitsstättenbeleuchtung, die die LUX-Zahl vorgibt, wurde in der Stiegstraße um das vier- bis fünffache überschritten. Die Erkenntnis für den Betreiber war,

dass er mit weniger LUX nicht nur die unnötig verbrauchte Energie, sondern auch Kosten sofort einsparen kann. Er sicherte spontan zu, die LUX-Zahl herunter zu fahren.

Zugleich werden durch die Überbeleuchtung aus dem Industriegebiet die im unmittelbar angrenzenden Naturschutzgebiet „Brachter Depot“ lebenden nachtaktiven Tiere, wie z. B. die dort lebenden Eulen, gestört. Eine gedrosselte LUX-Zahl würde auch ihnen zugutekommen.

Unterstützt uns, es gibt auch andere lichtverschmutzte Gebiete in unserer Gemeinde!

Da braucht es viele aufmerksame Augen! Bringt eure Motivation ein und die Bereitschaft, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die meisten machen sich gar keine Gedanken über Lichtverschmutzung. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag hat 2020 den Abschlussbericht zu den ökologischen und medizinischen Folgen von Lichtverschmutzung erstellt. Fazit: Wir müssen handeln!

Kreisarbeitsgemeinschaft Soziales Claudia Poetsch und Björn Rudakowski (Sprecher KAG Soziales) Soziale Themen kreisweit im Blick



Die sozialen Themen können aus verschiedenen Gründen nicht länger rein lokal betrachtet werden. Sie müssen als Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Politik- und Entscheidungsbereichen mitgedacht werden. Ob Klima, Mobilität, Wohnen, Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft, Digitalisierung oder auch Kultur – bei allem ist die soziale Ausgewogenheit mit dem Ziel jeder Bürgerin / jedem Bürger ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, mitzudenken. Die Herausforderungen sind dabei genauso vielfältig wie die Themen und überfordern zusehends die einzelnen Städte und Gemeinden.

Vor diesem Hintergrund haben die Grünen Claudia Poetsch aus Willich und Björn Rudakowski aus Nettetal die Kreisarbeitsgemeinschaft Soziales (KAG Soziales) ins Leben gerufen.

Mitglieder aus dem gesamten Kreisgebiet aber auch Fachleute sind eingeladen ihr (Fach-) Wissen und ihre Ideen einzubringen. „Wir verstehen die KAG als GRÜNE-Denk-Fabrik. Hier soll die Gelegenheit gegeben werden sich auszutauschen und Netzwerke zum Beispiel auch zu wissenschaftlichen Institutionen oder Kommunen außerhalb des Kreis Viersen zu knüpfen“, berichtet Claudia Poetsch, Vorsitzende des Sozialausschusses und stellvertretende Bürgermeisterin in Willich. „Alle noch so gut gemeinten Projekte auf kommunaler Ebene und im Kreis gelingen jedoch nur, wenn wir den Fachkräftemangel in den Griff bekommen. Die Kommunen und der Kreis werden weiter innovativ

und mutig bleiben müssen, um insbesondere für Care-Berufler*innen attraktive Standorte zu bleiben“, ergänzt Björn Rudakowski. Er ist Pflegefachkraft, aktives Ver.di-Mitglied und Kreistagsmitglied im Gesundheitsausschuss und Ausschuss für Arbeit, Soziales und Senioren. „Aber kein Grund zu verzweifeln! In kleinen Schritten und mit guten Ideen kann man gemeinsam schon viel bewegen“, versichert Björn Rudakowski. Gemeinsam mit Heike Senge, Inhaberin der Pflegeakademie Niederrhein, wird die KAG zum Beispiel das Thema „Klimafreundliche Pflege“ in allen Bereichen der Pflege etablieren wollen. „Wenn man sich mit dem Thema befasst, kann man nur feststellen, dass davon nachweislich alle profitieren“, weiß Heike Senge. Aber auch Themen wie eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung durch ambulante Pflege zu Hause sowie mit stationären und auch Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen im gesamten Kreisgebiet sind ebenso drängende Themen wie die ambulante palliative Versorgung und das Angebot mit Hospiz-Pflegeplätzen im Kreis. Und wo stehen wir eigentlich mit den Aufgaben Barrierefreiheit und Inklusion in unseren Städten und Gemeinden? Wie wichtig ist oder wird das Thema Digitalisierung für Senior*innen in den nächsten Jahren? „Ich bin davon überzeugt, dass wir zu all diesen Herausforderungen und Fragestellungen künftig viel mehr interkommunal zusammenarbeiten müssen, um Synergien zu heben und damit die personellen und finanziellen Ressourcen in den Kommunen zu schonen. Gerade durch die Pandemie sind große Löcher in die kommunalen Haushalte gerissen worden. Das darf aber keinesfalls dazu führen, dass es zu Stillstand oder gar Rückschritt in den sozialen Themen kommt“, fordert Claudia Poetsch.

Wer Interesse hat, mit uns diese Themen anzugehen, kann sich gerne in der Kreisgeschäftsstelle melden – wir freuen uns auf euch!

Klimaschutz ein Feigenblatt?

Nein, sollte man meinen. Schließlich hat die Burggemeinde schon 2012 ein umfassendes „integriertes kommunales Klimaschutzkonzept“ erstellen lassen. Und der Rat hat diesem Konzept im Dezember 2013 zugestimmt. Dort heißt es: „...In diesem Sinne kann das integrierte Klimaschutzkonzept als strategischer Leitfaden für eine auf Dauer angelegte alle betroffenen Bereiche integrierende ... Klimaschutzpolitik dienen“. Und weiter auf der Homepage der Gemeinde „Folglich stehen ... Gemeinden mit ihren zahlreichen Akteuren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Fokus der Betrachtung, da Maßnahmen zum Klimaschutz... die größten Erfolge auf der kommunalen Ebene aufweisen“. Und wie sieht die Klimapolitik heute, 10 Jahre nach der ersten Erstellung des Klimaschutzkonzeptes, aus? 10 Jahre später, in denen wir immer mehr über Klimafolgenanpassung als über Klimaschutz reden müssen, weil die Extreme immer häufiger werden?

Die Realität zeigt: Klimaschutz wird nur dann gelebt, wenn er nicht anderweitigen Interessen entgegensteht. Klimaschutz mit Priorität, als Handlungsmaxime? Fehlanzeige!

Drei von vielen Beispielen:

- 1. Klimanotstand: im Rat mehrheitlich abgelehnt, auch vom Bürgermeister.**
- 2. Silberhorn auf dem Kreuzherrenplatz: der Baum soll fallen, obwohl es keine technischen Gründe hierfür gibt.**
- 3. Niedermoor Deichweg: ökologisch wertvolles Moor wird zu Gunsten von Einfamilienhäusern aufgebrochen**

1. Klimanotstand:

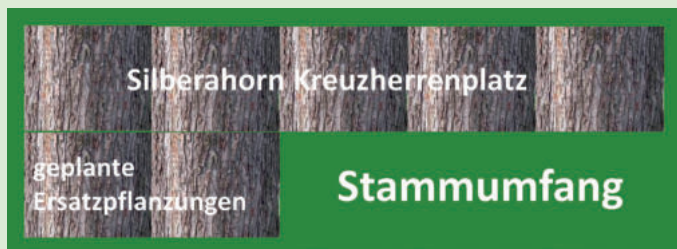
Am 19.11.2019 beriet der Rat über den Antrag der Grünen Ratsfraktion, die Gemeinde Brüggen möge den Klimanotstand ausrufen. Wer als Gast an der Sitzung teilgenommen hat und heute das Protokoll zur Sitzung liest, wundert sich, dass die Begrifflichkeit zu lebhafter Diskussion geführt hat und nicht der Inhalt. Es kam zur Wortklauberei des englischen

für den Rat nur

Begriffs „climate emergency“ und der Frage, ob die deutsche Übersetzung mit „Klimanotstand“ korrekt sei, danach Kritik am Symbolcharakter des Antrags und schlussendlich wurde mit großer Selbstzufriedenheit und dem Verweis auf das eingangs zitierte Klimaschutzkonzept festgestellt, dass die Gemeinde grundsätzlich doch schon sehr viel für den Klimaschutz machen würde. Kurzum, der Antrag, dem sich vorher schon viele Kommunen in Deutschland und auch im Kreis Viersen angeschlossen hatten, wurde abgelehnt.

2. Silberhorn auf dem Kreuzherrenplatz:

Viele von Ihnen haben sicher unsere Bemühungen, die Diskussion und die Bürgeranträge verfolgt oder sogar aktiv da-



ran teilgenommen, um den Silberhorn auf dem Kreuzherrenplatz zu retten. Leider haben wir in geheimer Abstimmung den Kampf gegen die Ratsmehrheit verloren (s. Ratssitzung vom 23.09.2021). Und wie hat sich der Bürgermeister entschieden? Darüber kann man nur spekulieren.

Und das, obwohl es keine technischen Gründe für eine Fällung gibt. Die Feuerwehr und die Behindertenbeauftragte haben grünes Licht für einen Erhalt gegeben. Die Fällung soll erfolgen allein aus ästhetischen Gründen, weil der große alte Baum das klinisch reine neue Konzept stört. Er soll durch zwei kleine Ersatzpflanzungen ersetzt werden (s. Beschlussvorlage 98/2021).

Lassen Sie uns eine besondere Art der Kosten-/Nutzenrechnung aufmachen: Der Stammumfang des Silberhorns beträgt 170 cm. Die beiden Ersatzpflanzungen sollen je 35 cm Stammumfang haben und kosten 5.000 Euro. Ein Silberhorn mit dem halben Stammumfang unseres Baumes (60-70 cm) kostet schon 7.500 Euro, unser Silberhorn daher mehr als 15.000 Euro. Die beiden Er-



satzpflanzungen haben aber zusammen weder von der CO₂-Bilanz noch von ihrer Wirkung auf das Mikroklima im Bereich des Kreuzherrenplatzes nur annähernd den Beitrag, den ein Baum mit 170 cm Stammdurchmesser hat. Wir vernichten also einen fünfstelligen Euro-Betrag um einen kleineren Klimabeitrag zu erhalten. Geht es noch widersinniger?

3. Niedermoor am Deichweg

Niedermoore saugen wie ein Schwamm Kohlenstoffdioxide auf und binden sie, ja man kann sagen, für alle Zeit. Nur 3 % der Landfläche sind Moore. Sie speichern aber doppelt so viel CO₂ wie alle Wälder der Welt. Bricht man sie aber auf, setzt man Tonnen des über viele Jahrhunderte

gespeicherten CO₂ in die Atmosphäre frei. D. h., Niedermoorlandschaften sind auf Grund ihres Kohlenstoffgehalts grundsätzlich als „klimarelevante Böden“ einzustu-

fen. Zu dieser Aussage kommt auch der Geologische Dienst NRW Krefeld in seiner Bewertung vom 09.11.2020. Kompensationsmaßnahmen sind nur schwer möglich. Daher setzten wir Grünen uns mit einem leidenschaftlichen Appell, gestützt von der Experteneinschätzung der NRW-Fachabteilung dafür ein, diese Flächen unberührt zu lassen. Ratsmehrheit und Bürgermeister haben auch hier gegen Klimaargumente und für die Bebauung gestimmt.

Drei Beispiele, die deutlich machen, dass die Ratsmehrheit weder im Einklang mit den eigenen beschlossenen Klimavorgaben noch in einem Kontext der Generationengerechtigkeit handelt.

Trotzdem lassen wir uns nicht entmutigen und werden uns weiter für eine Klimaschutzpolitik und eine Klimafolgenanpassung in der Gemeinde einsetzen, die diesen Namen auch verdient.

Wenn Ihnen das Thema Klimaschutz so wichtig ist wie uns oder Sie Fragen haben oder aktiv werden wollen, dann sprechen Sie uns gerne an!

Jeder Baum zählt



Erinnern Sie sich noch? Im Jahr 2016 feierte Bracht sein 900-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass wurden am 29. Oktober zwischen Gartenstraße und Alster Kirchweg 900 Bäume gepflanzt – der 900 Jahre Wald. Das ist ein Modell für einen Wald der Zukunft.

Auch jetzt fünfeinhalb Jahre später steht da noch kein Wald, der Schatten spenden kann oder einen nennenswerten Beitrag für die CO₂ Bilanz von Brüggen bietet. Die Bäumchen haben hart gekämpft. Im Jahr 2017 mussten sie aufwändig gewässert werden, sonst wären sie alle vertrocknet, junge Eichen in der Nähe sind sogar vertrocknet. Im 900 Jahre Wäldchen sind die Wurzeln der jungen Kirschen, Eichen, Winterlinden und Nussbäume unterirdisch vernetzt. Das hat die meisten vielleicht vor der Dürre gerettet, im Gegensatz zu den Eichen weiter außerhalb. Im Wäldchen wuchern Brombeerranken zwischen den kleinen Baumstämmchen, riesiger Beifuß, der sich in dem ehemaligen Ackerboden mit viel Reststickstoff pudelwohl fühlt, spendet den jungen Baumwurzeln im Sommer Schatten. Spaziergänger haben uns angesprochen, sie fanden es chaotisch. Würde aber zwischen den dünnen Stämmchen gemäht, so könnte die nächste Dürre den Zukunftswald vernichten. Die Natur verzeiht nicht und sie lässt nicht mit sich handeln.



Jeder Baum zählt

Für jeden gefälltten, gesunden, richtigen Baum im Gemeindegebiet Brüggen vermindert sich das Ökopunktekonto der Burggemeinde, das beim Kreis Viersen geführt wird. Pflanzte die Gemeinde aber gleichzeitig neue Bäume, kann sie das Ökopunktekonto ausgleichen. Das kann sie sogar dann, wenn diese neuen Bäumchen am Börner See, in der Eifel, in Niedersachsen oder sonst wo stehen. Das ist absurd. Doch mit genau diesem Argument konterten z. B. diejenigen im Rat, die für die Fällung des Silberhorns auf dem Kreuzherrenplatz stimmten.

Rein rechnerisch ist das richtig. Rein praktisch und physisch steht an der Stelle eines gefälltten 50 Jahre alten gesunden Silberhorns auf dem Kreuzherrenplatz kein neuer Baum, auch wenn daneben eine Reihe junger Bäumchen gepflanzt wird, die dann in fünfeinhalb Jahren, also im Jahr 2028, die Ausmaße der jungen Gewächse im 900 Jahre Wald in Bracht haben werden. Bis dahin müssen sie aber noch aufwändig vom Bauhof gewässert und gepflegt werden. Das Beherrschen der Grundrechenarten reicht nun einmal beim Naturschutz nicht.

Wer mehr über die Entstehung eines Waldes oder über die Entwicklung eines Baumes wissen möchte, der fahre einmal im Jahr zur Gartenstraße und fotografieren den „Wald“. Wer richtigen Urwald erleben möchte, denen sei das Leudal hinter Roermond empfohlen. Deutschland und Europa möchten die Klimaneutralität bis 2050 erreichen. Da muss ein Wald als Wald erkennbar sein!



Aus Rat und Fraktion

Unser Ziel – eine ökologisch ausgerichtete Gemeinde

Seit wir in dieser Legislaturperiode die Ratsarbeit aufgenommen haben, haben wir über 20 Anträge eingebracht. Die Arbeit und ihre Effektivität an der Menge eingereicherter Anträge zu messen, wäre falsch. Es gibt Anträge, die sich als Hinweise verstanden wissen wollen, wie z. B. die Instandsetzung der Rochuskapelle oder die Hinweisschilder für Fahrradfahrer, in der Fußgängerzone Rücksicht auf seine Mitmenschen zu nehmen.

Unser Augenmerk gilt vielmehr in Zeiten des Klimawandels und der Klimafolgeanpassung der ökologischen Ausrichtung unserer Gemeinde. Entsprechend haben wir Anträge auf den Weg gebracht, die sich genau damit beschäftigen und nun in den einzelnen Fachausschüssen beraten werden müssen.

Leider hat uns die Coronapandemie ein Stück weit ausgebremst. Viele terminierte Ausschusssitzungen fielen den gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Opfer und mussten abgesetzt werden. Damit sind sie zwar verschoben, aber keinesfalls vom Tisch.

Für uns hätte es nicht eines Starkregenereignisses im letzten Jahr bedurft, um das Thema Naturkatastrophen auf die Agenda zu setzen. Zu deutlich waren die Warnhinweise der Experten zum Klimawandel und die mit ihr einhergehenden Begleitumstände, wie langanhaltende Hitzeperioden im Sommer, Stürme in Orkanstärke und Starkregen, als dass man sie hätte übergehen können. Nur mit viel Glück sind wir bisher am Niederrhein einer Katast-

rophe entgangen. Es bleibt die Erkenntnis, dass auch wir einer solchen Naturkatastrophe nichts hätten entgegen zu setzen gehabt. Wenn wir demnächst über einzelne Projekte des Integrierten Handlungskonzeptes zu beraten haben, werden wir die ökologischen Standards nicht nur ansprechen. Dasselbe gilt für die Weiterentwicklung für Bracht und Born. Wir werden unsere Zustimmung davon abhängig machen!

Haushaltslage – Kein Auskommen mit dem Einkommen

Die Kassenlage entwickelt sich zusehends in Richtung „besorgniserregend“. Das an Corona ausschließlich festzumachen, wäre nur die halbe Wahrheit. Der Trend zeichnete sich ja in den letzten Jahren schon ab. Die Aufgabenumfänge, die den Kommunen abverlangt werden, ohne dass sie hierfür hinlänglich mit Haushaltsmitteln ausgestattet werden, haben in der Vergangenheit zugenommen. Das ist aber ein Problem, dem sich nicht nur der Gemeindehaushalt der Burggemeinde stellen muss. Er trifft jede Gemeinde.

Dem Haushaltsentwurf 2022 der Gemeinde nicht zuzustimmen, wäre schon allein mit Blick auf die Investitionsvorhaben verständlich gewesen. Zwar ist richtig, dass das Geld noch nie so billig gewesen ist wie heute. Aber richtig ist auch, dass wir für jeden aufgenommenen Euro die Rückzahlung leisten müssen. Das wird, sollte die Gemeinde die für dieses und die Folgejahre prognostizierten Investitionsvolumen umsetzen wollen, wir den Gemeindehaushalt über lange Zeit nachhaltig belasten und den Spielraum für weitere Investitionen in 10 und mehr Jahren erheblich einschränken werden. Noch unsere Kinder werden daran zu „knabbern“ haben.

Trotzdem haben wir uns entschlossen, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Der vom Kämmerer aufgestellte Entwurf weist keinen Fehler auf. Viele der aufgeführten Investitionsvorhaben sind notwendig und stärken unmittelbar die Infrastruktur. Um der Verwaltung die Handlungsfähigkeit zu erhalten, war der Schritt unumgänglich. Die darüber hinaus in die Investitionsliste aufgenommenen Projekte unterliegen aber einer strikten Prüfung hinsichtlich ihrer Notwendig- und Finanzierbarkeit durch den Rat.

Sozialverträglicher Wohnungsbau – es tut sich was!

Ein anderes, aber mit dem Klima- und Umweltschutzgedanken eng zu verknüpfendes Thema ist der Wohnungsbau, speziell der, der zu bezahlbaren Mieten führt. Eigentlich ein altes Thema, das von der SPD-Fraktion schon seit langem immer wieder angestoßen wird. Wir, aber eigentlich alle Fraktionen im Rat, unterstützen diese Idee nachdrücklich. Es darf nicht sein, dass diese, auch für die Burggemeinde, Dringlichkeit in einer Prioritätenliste wegen einiger Prestigeprojekte immer weiter nach hinten gerückt wird. Andere Gemeinden sind da bedeutend weiter. Ein wenig Bewegung ist denn doch in die Angelegenheit gekommen und es sind zwischenzeitlich zwei Grundstücke der Gemeinde an die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Viersen verkauft worden. Wir begrüßen das ausdrücklich und hoffen, besser erwarten, dass die GWG mit dem ersten Spatenstich nicht wartet, sondern zügig in die Bauphase einsteigt. Aber so oder so ist auch das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es wird unsere Aufgabe auch im Verbund mit den anderen Fraktionen sein, darauf einzuwirken, dass neben den beiden Häusern noch weitere hinzukommen.

Das Gebot der Stunde – Wohnungsbau mit ökologischen Standards

Wir Grüne klagen in Bezug auf Wohnungsneubau das Einhalten ökologischer Standards, auch unter den eingangs erwähnten Rahmenbedingungen, ein. Es ist uns unverständlich, dass noch immer Baugenehmigungen erteilt werden, ohne dass ökologisch sinnvolle Baumaßnahmen, bzw. ausreichend unversiegelte Freiflächen von Bauherren von vornherein eingeplant wären.

Auch sollte über eine quartiersbezogene Energieversorgung durch die Gemeinde nachgedacht werden. Möglichkeiten gibt es und sich auf die Position zurück zu ziehen, dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt, reicht nicht. Die entsprechenden Vorschriften und Richtlinien werden in der EU zurzeit überarbeitet. Die Zeitfenster für eine Umsetzung stehen mit 2027 für öffentliche Gebäude und 2030 für private Wohnbauten bereits.

Den Wunsch nach einer Klimaschutzsiedlung werden wir nicht aufgeben und auch nicht, die Verwaltung ständig daran zu erinnern. Wir wissen, dass wir uns damit im konservativen Lager keine Freunde machen, aber wir stehen auch nicht für Bequemlichkeit!

Überhaupt bilden Ökologie und Ökonomie bei der Städtebauplanung und Weiterentwicklung eine Einheit. Wir kommen nicht umhin, über den Einsatz erneuerbarer Energieträger in unserer Gemeinde zu sprechen. Hier bleibt aber, anders als im Wohnungsbau, abzuwarten, wie die Bundesregierung die Genehmigungsverfahren verschlanken und die Zeitfenster verkürzen will. Die weltpolitischen Ereignisse können als Katalysator wirken, so dass den Kommunen eine schnellere Handlungssicherheit gegeben wird. Auszuschließen ist nicht, dass aus rein pragmatischen Erwägungen Kohle- und Atomkraftwerke als Überbrückungslösungen länger in Nutzung bleiben. Aber die strategische Ausrichtung, weg von fossilen Energieträgern, bleibt unverändert unsere Maxime. Das hat uns auch dazu geführt, über Bürgerbeteiligungsformen in unserer Gemeinde nachzudenken, die insbesondere den Ausbau der Windkraft forcieren könnten. Auch dazu gibt es bereits funktionierende Modelle.

Kreuzherrenplatz und Silberhorn

Die Diskussion um die Neugestaltung des Kreuzherrenplatzes war abgeschlossen, bevor diese Legislatur begann. Rat und Verwaltung hatten sich für einen aus der Zeit gefallenen Betonplattenentwurf ausgesprochen. Wie schön und vor allen Dingen zukunftsweisend wäre es gewesen, hätte man sich für eine parkähnliche Ausrichtung entschieden: eine Begegnungsstätte für Jung und Alt mit dem Vorteil einer nicht versiegelten Fläche, die mit starken Bäumen dem Ortsklima zu Gute gekommen wäre.

Auch das Schicksal des Silberhorns war damit eigentlich schon besiegelt. Erst als wir, auch ermutigt durch den Bürgerzuspruch, auf den Baum aufmerksam machten und für den Erhalt eintraten, wurde er im Rat noch einmal thematisiert. Unsere Position ist bekannt und andere Fraktionen haben sich ihr angeschlossen. Wir haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft, unterstützten die Initiatoren eines Bürgerbegehrens und später die Bürgerinitiative zur Rettung des Baumes. Leider ohne Erfolg. Die Haltung der Befürworter einer Baumfällung ist rational nicht zu verstehen und die Argumentation haarsträubend.

Zunächst aber steht das Wort des Bürgermeisters, den Baum so lange stehen zu lassen, bis tatsächlich die Baufahrzeuge anrücken. Wir hoffen, dass das noch möglichst lange nicht der Fall sein wird.

Zwischenzeitlich ist aus dem Rathaus zu vernehmen, dass es für die Neugestaltung des Platzes Fördermittel in beträchtlicher Höhe geben soll. Die RP wusste am 07.03.2022 von 860.000 Euro zu berichten. Das ist ziemlich exakt die Summe, die dem Rat seinerzeit bei der Entscheidungsfindung für eine der vorgelegten Varianten aufgezeigt wurden. Nun bildet allerdings diese Summe heute keine 100% der Kosten ab, sondern lediglich 60%. Hochgerechnet heißt das, dass wir von mehr als 1,4 Mio. Euro Gesamtkosten sprechen. Knapp 600.000 Euro müssen demnach aus Eigenmitteln beigesteuert werden. Angesichts der beschriebenen Kassenlage und den zu priorisierenden Investitionsvorhaben kann es dafür von uns nur Kopfschütteln aber keine Zustimmung geben.



Aus Rat und Fraktion

The never ending story – Das Interkommunale Bad

Damit unsere Position klar ist: Wir Grüne wollen ein Schwimmbad in Brüggens. Wir halten es für notwendig, weil es für die Durchführung des Schulsports zwingend erforderlich ist und weil es den Standort Brüggens als Freizeiteinrichtung lukrativer werden lässt.

Aber anders als viele Ratsmitglieder glauben wir nicht, dass ein Bad auf der Gemeindegrenze mit dem Nachbarn Niederkrüchten und mit neu zu schaffender Infrastruktur auf einer von der Natur zurück eroberten Industriebrache der Brüggener Bevölkerung bisher gefehlt hat. Vielmehr wäre ein Hallenbad an derselben Stelle und in der bisherigen Dimension wie bisher völlig ausreichend. Das alte Bad muss ja nicht deshalb abgerissen werden, weil die Kapazitäten nicht mehr ausreichen, sondern weil Bausubstanz und Technik ein halbes Jahrhundert alt und glaubt man den Gutachten, nicht mehr renovierungsfähig sind. Der Vorteil eines Neubaus, wir hätten ein modernes Bad, das den Anforderungen der Gemeinde genügt, in zentraler Lage und auf ohnehin versiegelter Fläche mit Parkplätzen, Fahrradabstellmöglichkeiten und ÖPNV-Anbin-

dung usw. Leider wurde die Beschlussvorlage so angelegt, dass die Planungen der Verwaltung ausschließlich in Richtung Interkommunales Bad voran zu treiben sind.

In der Gemeinde Niederkrüchten häufen sich die politischen Widerstände aus der Bürgerschaft. Drei Bürgerbegehren wurden zwischenzeitlich auf den Weg gebracht, plus einem Ratsantrag der Grünen Ratsfraktion Niederkrüchten, dort einen Ratsbürgerentscheid über die Reaktivierung des Freibades herbeizuführen. Ausgang offen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass beide Bürgermeister diese Entwicklung und Stimmungsbilder innerhalb der Niederkrüchtener Bürgerschaft komplett ausblenden.

Wir Brüggener Grüne wollen, dass erst Klarheit darüber herrscht, ob Niederkrüchten als Partner überhaupt in Frage kommt, bevor man in die weitere und dann auch kostenpflichtigen Planungen einsteigt. Ein entsprechender Antrag wurde durch uns gestellt und von der meist konservativen Ratsmehrheit abgelehnt.

Macht mit - misch dich ein!

Es gibt viele Gründe und viele Möglichkeiten, bei uns mitzumachen – auch als Nichtmitglied.

- **Freitags** veranstalten wir auf Brüggens Wochenmarkt von etwa 14-16 Uhr einen Bürgerdialog. Den organisieren unsere beiden Ratsmitglieder Gaby und Rainer Tröger. Möglich, dass der bei Kälte und Regen auch schon einmal ausfällt. Dort freuen wir uns immer über Verstärkung und Ansprache. Hier werden neue Ideen geboren und ihr erfahrt alles über unsere Themen. Ihr lernt uns kennen und nebenbei könnt ihr eure Einkäufe auf dem Markt erledigen. Tschüss bis Freitag.

- **Demnächst** richten wir einmal im Monat ein Repair Café im Gemeindehaus auf dem Nikolausplatz ein. Nun brauchen wir noch Menschen, die das Repair Café ehrenamtlich unterstützen möchten, z.B. für elektrotechnische Arbeiten oder kleinere Reparaturarbeiten an Alltagsgegenständen. Kaffee, Kuchen und Kontakt zu Gleichgesinnten gibt's gratis. Sprecht uns an.

- **Unser Brachter Ratsmitglied**, Sonja Lankes, hat sich zum Ziel gesetzt, einen überparteilichen Arbeitskreis Verkehrswende in den Ortsteilen Brüggens, Bracht und Born aufzubauen. Dazu ist sie an alle Parteien und Wählergruppen herangetreten, die auch ihr Interesse und Mitarbeit bekundet haben. Euch sind bestimmt schon Situationen im täglichen Auto-, Rad- und Fußgängerverkehr aufgefallen, die verbesserungswürdig sind. Nettetal erstellt gerade ein eigenes Mobilitätskonzept, das die

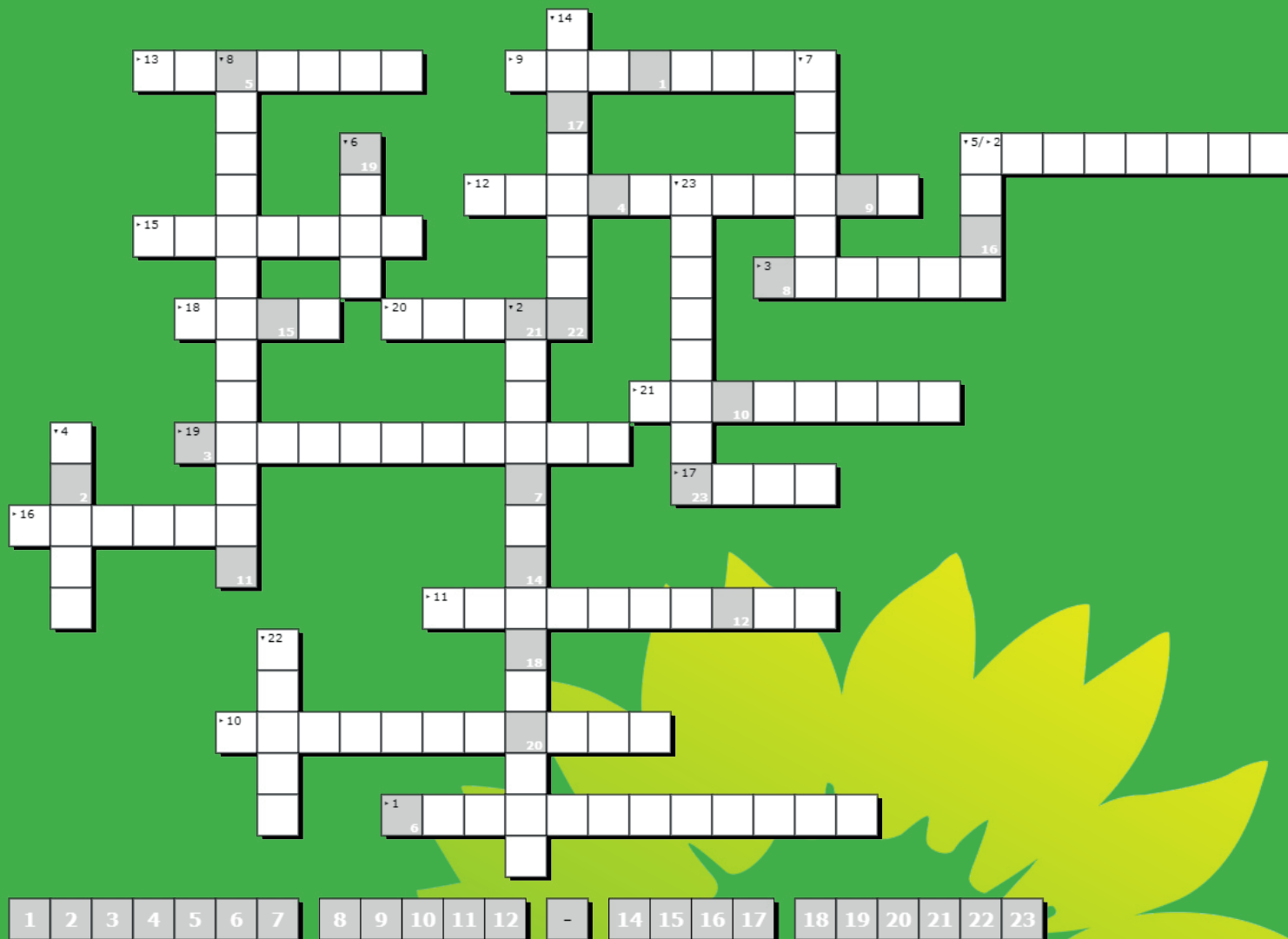
Radfahrer und Fußgänger zu gleichberechtigten Verkehrsteilnehmern erklärt. Wir sehen für unsere Burggemeinde einen hohen Nachholbedarf. Seid ihr z. B. schon einmal mit dem Rad von Schaag durch Alst bis zur B221 gefahren und zurück? Nein, dann holt es nach und wenn ihr unverletzt seid, meldet euch bei uns.

- **Wollt ihr** die lokale Landwirtschaft besser verstehen und mit Landwirten überlegen, wie eine Wende zu ökologischer Landwirtschaft stattfinden könnte? Nicole Kowarsch und Anna Freier haben den Arbeitskreis Landwirtschaft im vergangenen Jahr gegründet. Wir haben ein Treffen mit dem Landtagsabgeordneten und Grünen landwirtschaftlichen Sprecher Norwich Rüße und mit Brüggener Landwirten im letzten Jahr organisiert. Zu Gast waren wir auf dem Pötterhof in Hülst, auf dem Schweine leben und ließen uns vor kurzem den Stiegelhof in Alst zeigen. Wenn euch gesunde Ernährung, Tierwohl und die Menschen, die das alles auf ihren Höfen für uns erst möglich machen, am Herzen liegen, warum kommt ihr dann nicht vorbei und bringt eure Ideen, Fragen und Anregungen gleich mit!

- **Ihr sucht** Ansprechpartner? Ruft uns an oder sprecht Gaby und Rainer auf dem Freitagmarkt an!



Heimaträtsel



1. Organisationsprinzip
2. Wahlen in NRW
3. Brüggener Schriftsteller
4. Maskottchen und Werbefigur der Spargelhochburg Brügggen
5. Farbe der Hoffnung
6. Blütenstand des Getreides
7. Wenig geschätzte Bewohner des Burgweihers in Brügggen
8. Platz in der Burggemeinde
9. Erfinder des Patschel
10. Deutsche Bezeichnung für Acer saccharinum
11. Sehenswürdigkeit in Brügggen
12. Ehem. in Brügggen beheimateter Orden
13. Gemeinschaft
14. Weltweite Ausbreitung einer Infektion
15. Wasserschloss am Ufer der Schwalm
16. Ortsteil der Burggemeinde Brügggen
17. Figur, die die Eingangstür zur "Kaschemme ziert"
18. Wahrzeichen Brügggens
19. Auswirkung der Erderwärmung
20. Brachter Vogel
21. Bronzefigur im Borner Ortszentrum
22. Brüggener Bahnhof
23. Brüggener Ehrenbürger
24. Bürgermeister bis Juni 2014 der Burggemeinde

Liebe Rätselfreunde!

In diesem Grünen Blatt haben wir uns für ein Kreuzworträtsel mit Heimatbezug entschieden. Den Lösungssatz senden Sie bitte wie immer per E-Mail an u.deppen@gruenebrueggen.de oder per Postkarte an Grüne Brügggen, c/o Ulrich Deppen, von-Schaesberg-Weg 27, 41379 Brügggen. **Einsendeschluss ist der 31. Mai 2022** Teilnehmen dürfen alle, die nicht dem Grünen Ortsverband Brügggen angehören.

Der Gewinner bzw. die Gewinnerin darf sich auf unsere Kosten auf ein Frühstück für zwei Personen im Hoch3, Brügggen, Hochstraße 3 freuen. Anspruch auf Auszahlung des Gewinns besteht nicht.

Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Die Gewinnerin / der Gewinner wird von uns schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Datenschutz: Alle Daten der Teilnehmer/innen, die nicht gewonnen haben, werden nach der Ermittlung der Gewinnerin/des Gewinners gelöscht und nicht anderweitig verwendet. Wie immer wünschen wir Ihnen auch dieses Mal viel Spaß und viel Erfolg beim Rätseln!

Der Lösungssatz im letzten Heimaträtsel lautete „Brügggen will Grün“!

Uns erreichten eine Fülle von E-Mails und Postkarten mit der richtigen Lösung. Noch nie war der Zuspruch so groß, wie in dieser Rätselrunde. Auch dieses Mal musste das Los den Gewinner ermitteln. Aus den Rückmeldungen wissen wir, dass die Gewinner Ihren Gewinn schon verfrühstückt haben und es geschmeckt hat. Unser Dank gilt allen, die mitgemacht haben! Darin ausdrücklich eingeschlossen auch diejenigen, die leichtfertig aus dem „will“ ein „wird“ gemacht oder gemutmaßt haben.



Energie aus Sonne und Wind – Brüggen und seine Potentiale

Wassergraben oder Beton- röhre – Das ist hier die Frage

Noch nie wurde uns so drastisch vor Augen geführt, was eine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zur Erzeugung von Strom und Wärme für uns bedeutet. In den 1970er und 1980er Jahren haben uns die arabischen Ölexportländer schon einmal den Hahn zugekehrt. Da waren viele von uns noch nicht geboren und die anderen haben es vergessen. Auch Russland, die USA und andere Länder, von denen wir Gas und Öl beziehen, können diese Lieferungen an uns einstellen, wenn ihre eigenen Interessen bedroht sind. Im Norden der Niederlande kommt es aktuell wiederholt zu Erdbeben. Grund sind nicht Naturkatastrophen, sondern der Abbau der größten Gasfelder Europas. Eigentlich müsste die Politik die Produktion stoppen, 27.000 Gebäude sind betroffen. Aber das Unternehmen Gastera, das das Gas vermarktet, gehört nur zur Hälfte dem Staat. Die andere Hälfte halten der amerikanische Ölriese Exxon Mobil und der britisch-niederländische Konzern Shell. Nun kommt von allen Seiten die Quittung, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien jahrzehntelang nur schleppend erfolgte. (Quelle: Frankfurter Rundschau online 31.01.2022)

Für die Energiewende weg von Öl, Gas und Kohle braucht es Flächen für Windräder und Solarmodule. Neben Dächern wird auch über die Ausweitung der Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen lebhaft diskutiert. Investoren, Energieversorger und Projektentwickler sind gerade überall in Deutschland auf der Suche nach geeigneten Flächen für Solarparks. Sie umgarnen Landbesitzer und Bürgermeister. Die landwirtschaftlichen Flächen sind dann allerdings für die Lebensmittelproduktion verloren. (siehe: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung online v. 23.01.2022)

Norwich Rübe (MdL NRW B90/Die Grünen) will über Alternativen zum Ausbau der Erneuerbaren bei gleichzeitigem Ver-

lust von Ackerland nachdenken. Denn Lebensmittel, die dann nicht mehr in Deutschland produziert werden, müssten in noch höherem Maß importiert werden. Soll das die Lösung sein?

„In Nordrhein-Westfalen hat die Landwirtschaft in den letzten fünf Jahrzehnten von ursprünglich 1,8 Mio. ha Acker und Grünland über 400.000 ha abgeben müssen: umgenutzt zu Straßen, Wohngebieten, Industrieflächen. In nur 50 Jahren wurden also fast ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche umgenutzt“, so Rübe. „Wieso denken wir nicht ernsthaft darüber nach, Radwege mit PV auszustatten oder auch Autobahnen? Da wäre Fläche genug vorhanden, die ansonsten nichts in puncto Lebensmittelproduktion oder Artenvielfalt bietet.“ Auch wir im Rat der Gemeinde Brüggen denken weiter.

Am 23.09.2021 wurde unser „Entsiegelung geeigneter öffentlicher Parkplatzflächen und Errichtung von Solardächern über öffentlichen Parkplätzen“ im Rat nahezu einstimmig befürwortet und an den Ausschuss für Bauen, Infrastruktur und Klimaschutz zur Beratung verwiesen. Sollten diese Solardächer von Investoren über unseren Parkplätzen oder auch Schulhöfen und Hallendächern gebaut werden, so hätte das neben erhöhten Gemeindefinnahmen, ggf. auch durch die verpachteten Flächen, einen direkten Effekt für Menschen, die sich bei 40 Grad Außentemperatur in diesen Ortskernen bewegen müssen. Firmen, die diese Module über Parkplätze bauen, gibt es genug. Auch die amtierende Landesregierung aus CDU und FDP hat in der Novelle der Landesbauordnung vorgesehen, dass ab 2022 bei allen neu zu errichtenden Gewerbeanlagen, die mehr als 35 Stellplätzen haben, diese von Solarmodulen überbaut werden müssen. Aber wird das reichen? Stand heute, nein!

Wir sprechen über das neue Baugebiet an der Solferinostraße Im Holtfeld. Jedes neu errichtete Haus muss das Regenwasser vom Dach und anderen versiegelten Flächen ableiten, meistens wird das ins öffentliche Kanalnetz geleitet, wenn es nicht auf dem Grundstück versickern kann, und wir zahlen die Niederschlagswassergebühr. Verschiedene Gesetze schreiben Im Holtfeld vor, dass das hier anfallende Oberflächenwasser vor Ort versickern muss. Deshalb wird entlang der Solferinostraße ein naturnah gestaltetes Versickerungsbecken gebaut. Der gesamte Rand erhält eine naturnahe Bepflanzung. Ein Fußweg führt daran entlang zur Brüggener Straße. In dem Becken wird sich bei Regen das Wasser sammeln und langsam versickern. Es wird dort richtig grün werden, und bei Regen bildet sich eine Pfütze mit Matsch unten drin. Diese Pfütze könnte auch schon mal 30cm hoch werden, haben Expertinnen berechnet. Ein Hauch von Bullerbü drängt sich auf: Bosse, Lasse, Lisa und Co wie sie völlig verdreht in der Pfütze herumspringen. Vielleicht siedeln sich auch Frösche an, es wird Libellen geben, und vielleicht guckt auch mal ein Reiher, Weißstorch oder gar die grüne Ente rein.

Nun müssen aber auch noch alle neuen Häuser im Baugebiet Im Holtfeld an dieses Versickerungsbecken angeschlossen werden, da die Versickerung auf den Grundstücken aufgrund geologischer Gegebenheiten nicht möglich ist. Hierzu hat die Verwaltung zwei Vorschläge den Mitgliedern im Bauausschuss zur Abstimmung vorgestellt.

Variante 1 der Verwaltungsvorlage versprach noch mehr Bullerbü: Das gesamte Niederschlagswasser der

Straßen und Wege und der Privatgrundstücke wird über offene Entwässerungsgräben entlang der Straße dem Versickerungsbecken an der Solferinostraße zugeführt.

Variante 2 sah die üblichen Rohrleitungssysteme im klassischen Regenwasserkanal vor, die ebenfalls dem neuen Versickerungsbecken zugeführt werden müssen.

Unser Ausschussmitglied Gaby Tröger sprach sich für die Variante 1 aus. Durch die offenen Gräben könne das anfallende Regenwasser während des Transports zum Versickerungsbecken verdunsten und für Kühlung sorgen. Außerdem bieten die Gräben Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sind optisch ansprechender, führen zu geringeren Baukosten und sind ökologisch nachhaltiger. (siehe: Nieder-

wässerungsgräben inzwischen niedrige Sträucher wachsen, die werden nie gemäht. Auch haben sich Wasserpflanzen angesiedelt, die mit einem Fuß im Wasser stehen, auch dort wird wohl selten gemäht. Zwei Fraktionen bemängelten außerdem, dass wegen des Flächenverbrauchs der Versickerungsgräben netto 900 m² Bauland wegfallen, das die Gemeinde nicht verkaufen könne. Tatsächlich hätte die Gemeinde klimafreundlichere Möglichkeiten, Einkünfte zu generieren, indem sie z.B. mehr Flächen über Gebäuden, Parkplätzen und Schulhöfen für Photovoltaikanlagen verpachten könnte. 900 m² baureifes Land bringen dem Kommunalhaushalt eine niedrige sechsstellige Summe an Zufluss. Die würde noch nicht einmal reichen, um ein Viertel des Kreuzherrenplatzes neu zu gestalten. Das sind die Dimensionen, über die wir sprechen. Das weniger an Erlös werde den anderen Hausleibern dann beim Grundstückspreis draufgeschlagen, war auch ein Argument. Wieso das? Das geschieht nur, wenn die Politik für diese Umlage stimmt, sonst nicht.

Die Klimawandelfolgeschäden, weil weltweit die kurzfristigen finanziellen Vorteile gesehen werden, bringen Folgekosten, die aktuell überhaupt nicht zu beziffern sind, egal ob Stadt oder Land. Auch haben die Sparer im Ausschuss nicht bedacht, dass das Verlegen von jetzt neuen Kanalleitungsrohren von rückwärts gedacht werden muss. Auch diese müssen irgendwann saniert und erneuert werden. Wer zahlt diese Kosten? Wälzen wir das wieder auf die Enkel ab? Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) beziffert das Kanalnetz in Deutschland vielerorts auf 70 Jahre und älter. Ein Fünftel aller Kanalisationsleitungen wiese erhebliche Schäden auf. Wer das Wohl seiner Gemeinde im Sinn hat, der schaue nicht auf den schnellen Euro, der plane weitsichtig voraus. Entwässerungsgräben und Versickerungsbecken, Schwammzonen und Entsiegelung von Flächen gehören dazu, darin sind sich alle führenden Institute einig. Man stelle sich nur vor, es käme zu ei-

nem Starkregenereignis wie z.B. ausgelöst von Tief „Bernd“ im letzten Jahr. Das Starkregengebiet zog sich von Dortmund über Erftstadt, Wassenberg, Köln, die Ahr, Teile der Eifel bis hin nach Trier. Hier wurden weitflächig mehr als 100 l/m² Niederschlag in 72 Stunden registriert. Regional fielen sogar über 150./m² in 24 Stunden. (Quelle: Deutscher Wetterdienst: Hydro- und klimatologische Einordnung der Stark- und Dauerniederschläge in Teilen Deutschlands im Zusammenhang mit dem Tief „Bernd“ vom 12.-19. Juli 2021, S.4) Es war Zufall, dass wir mit einem blauen Auge davongekommen sind.

Wie lange würde es dauern, bis das Versickerungsbecken an der Solferinostraße die Wassermengen nicht mehr halten könnte, die durch die Betonröhren ins Becken eingeleitet werden? Versickern könnten sie unterwegs nicht.

Es war ein zartes Pflänzchen, das die Verwaltung den Mitgliedern des Bauausschusses da auf einem grünen Tablett präsentierte. Es hätte anders kommen können, aber alle Fraktionen und Wählergemeinschaften stimmten dafür, ein bisschen Geld zu sparen, auch wenn das nicht den Gemeindehaushalt saniert. Wir stimmten als einzige Fraktion gegen die Variante des üblichen Regenwasserkanals. Sie ist keine Antwort auf den Klimawandel.

Nach der Abstimmung gab der Leiter des Bauamtes allen einen denkwürdigen Satz mit auf den Weg: „So könnten wir in Zukunft nicht mehr weitermachen“ und verwies dabei auf die derzeitigen Erkenntnisse der Klimaforschung, über die sich die Verwaltung durch regelmäßige Weiterbildungen informiert.

Recherchiert man im Internet, so findet man die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und die auf Deutschland übertragenen Gesetze, in der Staaten verpflichtet werden, mehr Wasser in der Fläche zu halten, um besser auf Starkregenereignisse reagieren zu können. Wem das zu mühsam ist, dem sei die Internetseite Grenzlandgrün empfohlen. Beispiele mit Abbildungen dieser Entwässerungsgräben finden sich auch auf der Internetseite starkgegenstarkregen.de.



schrift BIK v. 25.01.22)

Alle anderen Fraktionen waren dagegen. Die einen sahen in den Entwässerungsgräben ein Gefährdungspotential für kleine Kinder. Das wollen wir nicht von der Hand weisen. Kleine Kinder sind grundsätzlich gefährdet, auch in der Nähe des bei Niederschlägen führenden Versickerungsbeckens ein paar Meter weiter. Sie sind auch gefährdet, weil direkt hinter dem Baugebiet die Bundesstraße verläuft, die durch einen Lärmschutzwall vom künftigen Wohngebiet getrennt ist.

Es wurden ebenfalls die regelmäßigen anfallenden Pflegekosten bei Entwässerungsgräben bemängelt, weil dort gemäht werden müsse. Das ist richtig, Natur muss bei gehalten werden, sie wird nie clean, sie bleibt Natur.

Sehen wir uns die Entwässerungsgräben in unserem Nachbarland an, so stellen wir fest, dass dort am Rand der Ent-

bringungen Folgekosten, die aktuell überhaupt nicht zu beziffern sind, egal ob Stadt oder Land. Auch haben die Sparer im Ausschuss nicht bedacht, dass das Verlegen von jetzt neuen Kanalleitungsrohren von rückwärts gedacht werden muss. Auch diese müssen irgendwann saniert und erneuert werden. Wer zahlt diese Kosten? Wälzen wir das wieder auf die Enkel ab? Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) beziffert das Kanalnetz in Deutschland vielerorts auf 70 Jahre und älter. Ein Fünftel aller Kanalisationsleitungen wiese erhebliche Schäden auf. Wer das Wohl seiner Gemeinde im Sinn hat, der schaue nicht auf den schnellen Euro, der plane weitsichtig voraus. Entwässerungsgräben und Versickerungsbecken, Schwammzonen und Entsiegelung von Flächen gehören dazu, darin sind sich alle führenden Institute einig. Man stelle sich nur vor, es käme zu ei-

J E D E R

B A U M

Z Ä H L T

Am 15. Mai 2022 GRÜN wählen!

